

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

30.06.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Klimastiftung MV: Ausschuss setzt Zeugenbefragung fort</b> <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 30.06.2023</i> .....	3
2   <b>„Wir sehen eine absolute Kostenexplosion“</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 30.06.2023</i> .....	4
3   <b>„Ganz normales Altmetall“</b> <i>Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide, 30.06.2023</i> .....	5
4   <b>Gehen der BGZ die Argumente für den Standort Würzgassen aus?</b> <i>Täglicher Anzeiger Holzminde, 30.06.2023</i> .....	6

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 30.06.2023 WEBLINK**LANDTAG**

## Klimastiftung MV: Ausschuss setzt Zeugenbefragung fort

Die Klimaschutz-Stiftung war Anfang 2021 gegründet worden, um die Fertigstellung der Erdgasleitung Nord Stream 2 unter Umgehung von Sanktionsdrohungen der USA gegen beteiligte Firmen zu ermöglichen, was auch gelang. Der von der Opposition initiierte Sonderausschuss soll unter anderem klären, wie groß der Einfluss der russischen Geldgeber auf die damalige SPD/CDU-Landesregierung bei der Stiftungsgründung war.

Nach der öffentlichen Befragung der ersten beiden Zeugen soll am Freitag unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein Jurist einer Münchner Anwaltskanzlei gehört werden. Die Kanzlei hatte das Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehörde während des Planfeststellungsverfahrens für die Erdgasleitung Nord Stream 2 juristisch beraten. Nach Ansicht von Kritikern des Projekts wurde die Baugenehmigung seinerzeit ungewöhnlich schnell erteilt.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 30.06.2023 | S. 4

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 Uwe Reißenweber

## „Wir sehen eine absolute Kostenexplosion“

### Heftige Kritik an SPD-Plänen zu höheren Löhnen

**Schwerin.** Kommunen und Unternehmer meutern gemeinsam gegen das von der rot-roten Landesregierung geplante Vergabegesetz. Kern: Aufträge der öffentlichen Hand sollen nur noch an Unternehmen gehen, die Tarif oder tarifähnliche Löhne und Gehälter zahlen. Befürchtet werden steigende Kosten, noch mehr Bürokratie und eine Benachteiligung kleinerer, in der Region verankerter, Firmen.

„Wir sehen eine absolute Kostenexplosion“, sagte der Landrat von Ludwigslust-Parchim, Stefan Sternberg, gestern in einer Anhörung des Landtagswirtschaftsausschusses. Der SPD-Mann nahm dort Stellung für den Landkreistag MV. Ähnlich äußerte sich Lars Schwarz, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VU). „Die Vergabe wird so noch bürokratischer geregelt. Das hat einen höheren Endpreis zu Folge, den dann wohl der Steuerzahler zu tragen hat.“

Sternberg stellte zudem die Frage, wer wie die Einhaltung der Kriterien für die Vergabe prüfen solle. Das betreffe beispielsweise Regelungen für die Arbeitszeit oder den Urlaub. „Das wird ein Glücksspiel. Ich weiß auch nicht, welche neue Behörde ich für die Kontrolle schaffen soll.“ Zudem werde man wohl noch weniger Angebote aus der Wirtschaft erhalten als bislang schon. Kleine Anbieter könnten leer ausgehen, während „die großen Boliden“ profitierten.

Für Unternehmer-Präsident Schwarz stellen die SPD-Linken-Pläne mit aus seiner Sicht „Reglementierung und Berichtspflicht“ eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft dar. Regeln gäbe es ausreichend. Darüber hinaus seien Dienstleister und Handwerker in MV gut ausgelastet: „Warum sollten sie sich einem zusätzlich aufwändigem Verfahren stellen?“ Und Schwarz, bekannt für deftige Worte, schloss so: „Wir zweifeln zumindest in diesem Punkt an einer Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Politik.“

Die Gewerkschaften begrüßten hingegen den Vorstoß von Rot-Rot, der noch in der zweiten Lesung im Landtag beraten werden muss. „Wir sehen das als Beitrag zu dem Ziel, keine Steuergelder mehr für schlechte Löhne auszugeben“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nord, Ingo Schlüter. Die Entgelte hierzulande seien „ein toxischer Standortnachteil für MV“. Auch angesichts des Arbeitskräftemangels könne man nur Menschen für einen Job in MV interessieren, wenn man attraktive Arbeitsbedingungen biete.

Laut einer Statistik der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung muss in ganz MV knapp ein Drittel aller Beschäftigten mit den derzeit noch geltenden 12 Euro pro Stunde Mindestlohn nach Hause gehen. Nun soll der Satz bis 2025 auf 12,82 Euro erhöht werden.

 Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide | 30.06.2023 | S. 8

 Auflage: 12.640 | Reichweite: 32.997

 ROUVEN GROSS

## „Ganz normales Altmetall“

### Gesellschaft für Zwischenlagerung lässt ältere Castor-Bahntransporthauben verschrotten

**Lüchow/Gorleben** – Die Atommülltransporte nach Gorleben haben ihren festen Platz im kollektiven Bewusstsein und Gedächtnis des Wendlands – und natürlich auch im Landkreis Uelzen. 13 dieser Transporte gab es zwischen dem Frühjahr 1995 und dem Spätherbst 2011.

113 Castorbehälter wurden in diesen 16 Jahren nach Lüchow-Dannenberg gebracht – doch gesehen hat die eigentlichen Transportbehälter dabei kaum jemand. Denn bis auf eine kurze Phase des Umladens in Breesse in der Marsch befanden sich die Castoren in der Anfangszeit der Transporte aus Sicherheitsgründen stets unter Planen, und später dann unter metallenen Transporthauben. Und genau wie die Castoren verblieb ein Teil der genutzten Transporthauben nach den eigentlichen Transporten in Gorleben, zuletzt in einer eigens dafür errichteten Lagerhalle.

#### Abtransport „zeitlich noch weit entfernt“

Jetzt hat die Bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) dort Platz geschaffen und mehrere der Transporthauben verschrotten lassen – von einem Verwertungsunternehmen in einem Lüchower Gewerbegebiet. Das bestätigte ein BGZ-Sprecher auf Anfrage. Auswirkungen habe die Aktion jedoch nicht, betont er. Weder für das Zwischenlager noch für das Verwertungsunternehmen.

„Dass jetzt ein Teil der älteren Transporthüllen verschrottet wurde, ändert nichts an der Abtransportierbarkeit der in Gorleben lagernden Transportbehälter in ein späteres Endlager“, betont Dr. Tristan Zielinski, am BGZ-Standort Gorleben zuständig für die Unternehmenskommunikation.

Alle dort in Gorleben lagernden Behälter, also sowohl die Castoren als auch die HAW-28M- und die

TN-85-Behälter, hätten „verkehrsrechtliche Zulassungen“ und könnten jederzeit abtransportiert werden – zu einem künftigen Endlager. Und auch nur noch dort hin, denn das sei gesetzlich so geregelt: „Die Behälter dürfen nur noch genau einmal transportiert werden – eben in ein Endlager“, so Zielinski. Da aktuell aber noch nicht einmal ein Standort benannt ist, geschweige denn dort Untersuchungen vorgenommen worden wären oder gar eine Baugenehmigung für ein solches Endlager vorläge, sei man von diesen Transporten „zeitlich noch weit entfernt“, und die verschrotteten Transporthüllen würden „kein Transporthemmnis“ darstellen.

Deshalb bereite man sich in Gorleben auch auf eine „verlängerte Zwischenlagerung“ des hoch radioaktiven Mülls vor, über das Jahr 2034 hinaus, wenn die aktuelle Betriebserlaubnis für das Castor-Zwischenlager ausläuft. Man arbeite bereits daran, die für eine dann gänzlich neue Betriebsgenehmigung nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Und für einen späteren Abtransport der Behälter werde man dann „auf neue Transporthüllen zurückgreifen“.

#### Keine besondere Behandlung nötig

Eine besondere Behandlung hätten die alten, jetzt verschrotteten Transporthüllen laut BGZ nicht benötigt. Sie seien „zu keinem Zeitpunkt mit dem Inhalt der Transportbehälter in Berührung gekommen“, so Dr. Tristan Zielinski. Die Behälter seien schließlich dafür gebaut worden, ihren Inhalt „gänzlich von der Atmosphäre abzuschirmen“. Und die Integrität der Behälter sei zu jedem Transport-Zeitpunkt gewährleistet gewesen. Daher hätten die Transporthüllen auch nicht freigeschmelzen werden müssen, bevor sie die Gorlebener Anlage verließen. Sie seien, „wenn man so will, ganz normales Altmetall“, betont Zielinski.

📰 Täglicher Anzeiger Holzminden | 30.06.2023 | S. 16

📄 Auflage: 7.744 | Reichweite: 31.702

👤 TAH-Redaktion

## Gehen der BGZ die Argumente für den Standort Würzgassen aus?

### Bürgerinitiative „Atomfreies 3-Ländereck“ plant „W-Auffrischung“ in Beverungen

Die Bürgerinitiative „Atomfreies 3-Ländereck“ nimmt die Beurteilung des Bundesrechnungshofes zur Planung des Bereitstellungslagers in Würzgassen zum Anlass, den aktuellen Sachstand aus ihrer Sicht zu beleuchten. Laut BI stehe die Projektarbeit der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zur Errichtung des Logistikzentrums Konrad (LoK) auf dem Prüfstand. Das Ergebnis der Entsorgungskommission (ESK), anhand dessen das Bundesumweltministerium (BMUV) eine Entscheidung treffen will, steht noch aus und soll in Kürze bekannt gegeben werden. Der Bundesrechnungshof (BRH) hingegen hat seine Beurteilung zum Bereitstellungslager in Würzgassen bereits veröffentlicht. Dabei spare der BRH nicht mit Kritik gegenüber der BGZ sowie dem BMUV und zweifele die Belastbarkeit der Planung und die daraus resultierenden Terminziele an, so die Bürgerinitiative. Insbesondere bemängelt der Bundesrechnungshof die nicht nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Vorhabens, werde aber diesen Kritikpunkt mit Blick auf die geplante Inbetriebnahme des Endlagers Konrad im Jahr 2027 nicht weiterverfolgen.

Durch die aktuelle Bekanntgabe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), dass sich die Inbetriebnahme des Endlagers Konrad um mehrere Jahre verschiebt und somit der Plan zur Einlagerung ab 2027 nicht mehr haltbar ist, breche nach Ansicht der BI „Atomfreies 3-Ländereck“ die Argumentationskette der BGZ zur Errichtung des LoK am Standort Würzgassen in sich zusammen. Die angeblich schnelle Verfügbarkeit des Standortes Würzgassen, welche die fristgerechte Belieferung des Endlagers Konrad sicherstellen sollte, werde durch die erneute zeitliche Verschiebung der Fertigstellung von Schacht Konrad ad absurdum geführt. Ab sofort gebe es mindestens zwei weitere Jahre Zeit, um in einem objektiven Auswahlverfahren unter sachlichen Kriterien einen geeigneten Standort für ein LoK zu finden. Dieses könnte dann hoffentlich auch die Wirtschaftlichkeitskriterien des BRH erfüllen.

### Auswahlverfahren für neuen Standort sollte gestartet werden

Die Gegner des geplanten Bereitstellungslagers ziehen daraus folgende Schlussfolgerung: Selbst ohne den noch mit Spannung erwarteten Prüfbericht der ESK sollte die Terminverschiebung zur Inbetriebnahme des Schachtes Konrad bedeuten, dass seitens der BGZ ein neues Standortauswahlverfahren gestartet wird, sofern ein LoK überhaupt notwendig sein sollte. Dies fordert die Bürgerinitiative „Atomfreies 3-Ländereck e.V.“ seit jeher. Es würden jedoch große Zweifel in der Bevölkerung herrschen, dass das BMUV an Transparenz und Nachvollziehbarkeit interessiert sei. Vielmehr stehe zu befürchten, dass die fragwürdige Entscheidung durchgedrückt werden soll. So sehe zum Beispiel die derzeitige Planung eine modulare Erweiterung der Lagerkapazität des LoK's von 100.000 auf 200.000 Kubikmeter vor, obwohl für die „Just-in-Time“-Anlieferung zum Endlager Konrad nur 60.000 Kubikmeter benötigt würden. Warum diese Überdimensionierung notwendig ist und warum die damit verbundenen Kosten vom Bundesrechnungshof überraschenderweise nicht hinterfragt werden, bleibe offen, betont die Bürgerinitiative.

Noch intransparenter werde es, wenn Fragen zur Verkehrsinfrastruktur beleuchtet würden. Sowohl die BGZ als auch der BRH betrachten in ihrer Argumentation vornehmlich die Belieferung von Schacht Konrad vom LoK aus. Wie aber der in Deutschland verteilte schwach- und mittelradioaktive Atommüll zunächst in das LoK angeliefert werden soll, bleibe bei der Planung weitestgehend unberücksichtigt. Insbesondere die Begründung des BRH, dass er die Bedeutung nichtmonetärer Kriterien beim Entscheidungsprozess anerkennt, da sich diese positiv auf die Transparenz solcher Verfahren und daher auf eine Akzeptanz von staatlichen Entscheidungen für die betroffene Region auswirke, spreche Bände. Denn die Bürger in der Region des Dreiländerecks könne der BRH mit dieser Feststellung wohl nicht gemeint haben!

## **W-Auffrischung auf den Weserwiesen in Beverungen**

Deshalb wird der Widerstand im Dreiländereck intensiviert. Die Bürgerinitiative „Atomfreies 3-Ländereck“ lädt zur „W-Auffrischung“ am 15. Juli auf die Weser-

wiesen in Beverungen ein. Im Zeitraum zwischen 13 und 17 Uhr kann bei Imbiss und Getränken frische gelbe Farbe für die W-Auffrischung geholt werden. Um 14 Uhr werden fachliche Kurzbeiträge von betroffenen Bürgermeistern und Gutachtern referiert.